

483644-2025 - Wettbewerb

Deutschland – Planungsleistungen im Bauwesen – Generalplanung Leitung 1/3 und Leitung 2 (Wasserstoffleitungen mosaHYc)

OJ S 140/2025 24/07/2025

Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung - Änderungsbekanntmachung Dienstleistungen

1. Beschaffer

1.1. Beschaffer

Offizielle Bezeichnung: Creos Deutschland Wasserstoff GmbH

E-Mail: einkauf@encevo.de

Rechtsform des Erwerbers: Organisation, die einen durch einen öffentlichen Auftraggeber subventionierten Auftrag vergibt

Tätigkeit des öffentlichen Auftraggebers: Wirtschaftliche Angelegenheiten

2. Verfahren

2.1. Verfahren

Titel: Generalplanung Leitung 1/3 und Leitung 2 (Wasserstoffleitungen mosaHYc)

Beschreibung: Gegenstand des Verfahrens sind Planungsleistungen zur Umstellung bestehender Stahlrohrleitungen (Leitung 1/3: Fenne - Fürstenhausen - Carling (F); Leitung 2: Perl - Besch) auf die zukünftige Wasserstoffnutzung einschließlich der Trassierung der im Rahmen der Netzergänzung neu zu errichtenden Leitungsabschnitte (DN 150 und DN 250) einschl. der Planung aller Sonderbauwerke (bspw. HDD, Leitungsquerungen, Bahnquerungen), der technische Anlagen und sonstigen Betriebseinrichtungen sowie der Vermessungsleistungen und der Umweltplanung (Landschaftspflegerischer Begleitplan). Für die Umwidmung der bestehenden Leitungen wie für die Neubauabschnitte sind die genehmigungsrechtlichen und privatrechtlichen Grundlagen zu schaffen. Die Planungsleistungen umfassen Grundlagenermittlung (u.a. Geländevermessung), Vor-, Entwurfs- und Genehmigungsplanung bis zur ausführbaren und genehmigungsfähigen Lösung (Lph. 1 - 4 HOAI) sowie die Ausführungsplanung und Leistungsbeschreibungen und -verzeichnisse (Tief- und Rohrbauleistungen) als Grundlage für Rahmenvertragsabrufe (Lph. 5 und 6 HOAI).

Kennung des Verfahrens: 13851a8e-8fe6-4fe6-9a15-06bf055fafef

Interne Kennung: CDW 2025-0002-EU / 16.02-010

Verfahrensart: Verhandlungsverfahren mit vorheriger Veröffentlichung eines Aufrufs zum Wettbewerb/Verhandlungsverfahren

Das Verfahren wird beschleunigt: nein

Zentrale Elemente des Verfahrens: Auftragsgegenstand ist Generalplanung für zwei Wasserstoffleitungen (teilweise Umstellung bestehender Leitungen auf Wasserstoff, teilweise Neubau) mit einer Gesamtlänge von zusammen ca. 27,6 km (davon Umstellung von bestehenden Leitungen auf ca. 22,6 km Länge und Neubauabschnitte von zusammen ca. 5 km Länge). Die Länge der Neubauabschnitte kann sich erhöhen, wenn im Ergebnis der planungsbegleitenden Prüfungen der zur Umstellung vorgesehenen Bestandsleitungen diese hierfür nicht geeignet sind und durch Ersatzneubau anteilig ersetzt werden müssen.

Rohrdurchmesser DN 150 und DN 250. Weitere Hinweise zum Ablauf des

Teilnahmewettbewerbs und des Verhandlungsverfahrens sind der "Information zum

Teilnahmewettbewerb nach VgV" zu entnehmen. Der Auftraggeber behält sich vor, die veröffentlichten informatorischen Vergabeunterlagen "Information zum Teilnahmewettbewerb nach VgV" anzupassen und den für das Verhandlungsverfahren ausgewählten Bewerbern eine überarbeitete Fassung der Vergabeunterlagen zur Verfügung zu stellen. Vertrauliche Unterlagen werden den ausgewählten Bewerbern mit Aufforderung zur Abgabe eines Erstangebots erst nach Vorliegen der vom Bewerber / von der Bewerbergemeinschaft unterzeichneten Vertraulichkeitserklärung zur Verfügung gestellt. Die Vertraulichkeitserklärung (Anlage R) ist mit dem Teilnahmeantrag einzureichen. Die in dieser Bekanntmachung und in der "Information zum Teilnahmewettbewerb nach VgV" enthaltenen Zeitangaben stehen unter dem Vorbehalt der Anpassung und Aktualisierung.

2.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 71320000 Planungsleistungen im Bauwesen

Zusätzliche Einstufung (cpv): 71300000 Dienstleistungen von Ingenieurbüros, 71353200

Vermessungsdienste, 71353000 Oberirdische Vermessung, 71322200 Planung von

Rohrleitungen, 71313000 Umwelttechnische Beratung, 71313400 Umweltfolgenabschätzung im Bau, 71313440 Dienstleistungen im Zusammenhang mit der Umweltfolgenabschätzung im Bau

2.1.2. Erfüllungsort

Land: Deutschland

Ort im betreffenden Land

2.1.4. Allgemeine Informationen

Zusätzliche Informationen: Bekanntmachungs-ID: CXP4DY55XJF a) Der Auftraggeber ist Zuwendungsempfänger im Sinne des § 99 Nr. 4 GWB. Aufgrund der

Zuwendungsbestimmungen behält sich die Vergabestelle vor, das Vergabeverfahren aufzuheben und ohne Zuschlagserteilung zu beenden, wenn der Zuschlag nach den

Regelungen der "Information zum Teilnahmewettbewerb nach VgV" auf das Angebot eines Bieters erteilt werden müsste, der seinen Sitz außerhalb des Gebietes der EU hat. Alternativ zur Aufhebung behält sich die Vergabestelle vor, alle Teilnahmeanträge und/oder Angebote von Bietern, die ihren Sitz außerhalb der EU haben, auszuschließen. Entsprechendes gilt, wenn der Zuschlag auf das Angebot einer Bietergemeinschaft erteilt werden müsste, bei denen ein oder mehrerer Mitglieder ihren Sitz außerhalb der EU haben. b) Zu

Kooperationsformen im vorliegenden Vergabeverfahren: Die Unterlagen zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen sowie zur wirtschaftlichen und finanziellen und zur technischen und beruflichen Leistungsfähigkeit (Eignungsunterlagen) sind bei Vorliegen einer

Bewerbergemeinschaft für jedes Mitglied der Bewerbergemeinschaft in einer gesonderten "Eigenerklärung der Eignung" (Anlage B) vorzulegen. Bewerbergemeinschaften haben einen berechtigten Vertreter zu benennen (Anlage C). Beabsichtigt der Bewerber oder ein Mitglied einer Bewerbergemeinschaft, sich zum Nachweis der wirtschaftlichen und finanziellen oder technischen und beruflichen Leistungsfähigkeit auf Leistungen/Kapazitäten anderer Unternehmen zu berufen, so sind diese im "Verzeichnis anderer Unternehmen" (Anlage D) anzugeben und die entsprechenden Eignungsunterlagen für die anderen Unternehmen insoweit in einer gesonderten "Eigenerklärung zur Eignung" (Anlage B) vorzulegen. Zusätzlich

ist mit dem Teilnahmeantrag die "Verpflichtungserklärung Eignungsleihe" vorzulegen (Anlage E). Zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen sind von jedem eignungsverleihenden Unternehmen die entsprechenden Erklärungen in der Anlage B abzugeben. Beabsichtigt der Bewerber, Teile der Leistung von Unterauftragnehmer ausführen zu lassen, ohne dass ein Fall der Eignungsleihe vorliegt, so muss er die dafür vorgesehenen Leistungen im

Teilnahmeantrag (Anlage A) angeben. Die zur Erbringung dieser Leistungen vorgesehenen Unterauftragnehmer sind spätestens mit der Abgabe des endgültigen Angebots verbindlich zu benennen. c) Eignungsprüfung Die Teilnahmeanträge und Angebote sind in allen Bestandteilen in deutscher Sprache in Textform über die Vergabepattform des Auftraggebers einzureichen, bei fremdsprachigen Dokumenten mit deutscher Übersetzung. Eigenerklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen (§§ 123, 124 GWB) Jeder Bewerber und jedes Mitglied einer Bewerbergemeinschaft und jeder Nachunternehmer im Falle der Eignungsleihe müssen mit dem Angebot folgende Eigenerklärungen abgeben: - Eigenerklärung, dass keine Ausschlussgründe i.S.v. § 123 Abs. 1 bis 3 GWB vorliegen. - Eigenerklärung zur Zahlung von Steuern und Abgaben sowie der Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung (§ 123 Abs. 4 GWB). - Angabe zu Insolvenzverfahren (§ 124 Abs. 1 Nr. 2 GWB) - Eigenerklärung zur Einhaltung umwelt-, sozial- oder arbeitsrechtliche Verpflichtungen insbesondere Landestariftreue- und Mindestlohngesetz (§ 124 Abs. 1 Nr. 1 GWB). - Angaben zur Liquidation und Einstellung der Tätigkeit i.S.d. § 124 Abs. 1 Nr. 2 GWB. - Eigenerklärung, dass im Rahmen der beruflichen Tätigkeit keine schwere Verfehlung begangen wurde, durch die die Integrität des Unternehmens in Frage gestellt wird (§ 124 Abs. 1 Nr. 3 GWB). - Eigenerklärung, dass mit anderen Unternehmen keine Vereinbarungen getroffen oder Verhaltensweisen aufeinander abgestimmt wurden, die eine Verhinderung, eine Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs bezwecken oder bewirken (§ 124 Abs. 1 Nr. 4 GWB). - Eigenerklärung zum Nichtvorliegen von Interessenkonflikten (§ 124 Abs. 1 Nr. 5 GWB) - Eigenerklärung, dass keine Wettbewerbsverzerrung daraus resultiert, dass das Unternehmen bereits in die Vorbereitung des Vergabeverfahrens einbezogen war, und diese Wettbewerbsverzerrung nicht durch andere, weniger einschneidende Maßnahmen beseitigt werden kann. (§ 124 Abs. 1 Nr. 6 GWB). - Eigenerklärung, dass das Unternehmen keine wesentliche Anforderung bei der Ausführung eines früheren öffentlichen Auftrags oder Konzessionsvertrags erheblich oder fortdauernd mangelhaft erfüllt hat und dies zu einer vorzeitigen Beendigung, zu Schadensersatz oder zu einer vergleichbaren Rechtsfolge geführt hat (§ 124 Abs. 1 Nr. 7 GWB). - Eigenerklärung, dass das Unternehmen in Bezug auf Ausschlussgründe oder Eignungskriterien keine schwerwiegende Täuschung begangen oder Auskünfte zurückgehalten hat oder nicht in der Lage ist, die erforderlichen Nachweise zu erbringen (§ 124 Abs. 1 Nr. 8 GWB). - Eigenerklärung, dass zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen wegen unzulässiger Beeinflussung des öffentlichen Auftraggebers nach § 124 Abs. 1 Nr. 9 GWB. - Eigenerklärung, dass für das Unternehmen kein Ausschlussgrund i. S. v. § 21 Abs. 1 des Arbeitnehmerentendegesetzes (AEntG), § 98c des Aufenthaltsgesetzes (AufenthG), § 19 Abs. 1 des Mindestlohngesetzes (MiLoG) oder § 21 des Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetzes (SchwarzArbG) vorliegt. - Eigenerklärung, dass für das Unternehmen kein im Sinne des § 22 Abs. 1 und Abs. 2 des Lieferkettensorgfaltspflichtengesetzes (LkSG) relevanter rechtskräftig festgestellter Verstoß gegen das LkSG vorliegt. - Eigenerklärung zum Nichtvorliegen von Bezügen zu Russland gem. Art. 5k der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 in der Fassung des Art. 1 Ziff. 15 der Verordnung (EU) 2022/1269 des Rates vom 21. Juli 2022 vorliegt (Anlage F). Die Vergabestelle behält sich vor, zu prüfen, ob weitere fakultative Ausschlussgründe im Sinne von §§ 124 bis 126 GWB vorliegen, zu denen keine Eigenerklärung gefordert wird, und gegebenenfalls Bieter, bei denen fakultative Ausschlussgründe vorliegen, auszuschließen. Der Auftraggeber wird die frist- und formgerecht eingegangenen Angebote zunächst auf Vollständigkeit prüfen. Der Auftraggeber behält sich nach § 56 VgV unter Einhaltung der Grundsätze der Transparenz und der Gleichbehandlung vor, die Bieter aufzufordern, fehlende, unvollständige oder fehlerhafte unternehmensbezogene Unterlagen oder sonstige Nachweise nachzureichen, zu vervollständigen oder zu korrigieren. Der Auftraggeber wird anschließend die vollständigen und fristgerecht eingegangenen Angebote inhaltlich sowie auf das

Nichtvorliegen von Ausschlussgründen prüfen. Unbeschadet etwaiger Mindestanforderungen wird der Auftraggeber inhaltlich prüfen, ob die grundsätzliche Eignung des Bieters nach den benannten Eignungsunterlagen vorliegt. Kann im Ergebnis die grundsätzliche Eignung nicht bejaht werden, wird das Angebot nicht berücksichtigt. Die Eignungsprüfung bezieht sich auch auf die Einhaltung etwaiger Mindestanforderungen an die Eignung. d) Auswahlkriterien Zum Verhandlungsverfahren werden maximal vier Bewerber /Bewerbergemeinschaften zugelassen, die dann Bieter/Bietergemeinschaften genannt werden. Gibt es nur drei oder weniger Bewerber/Bewerbergemeinschaften, bei denen keine Ausschlussgründe vorliegen und bei denen ein formell ordnungsgemäßer und den Mindestbedingungen für den Auftrag entsprechender Teilnahmeantrag vorliegt, werden nur diese zur Teilnahme an dem Verhandlungsverfahren zugelassen. Sollten die genannten Voraussetzungen bei mehr als drei Bewerbern/Bewerbergemeinschaften vorliegen, werden die drei Bewerber /Bewerbergemeinschaften zum Verhandlungsverfahren zugelassen, die die höchste Punktzahl gemäß den nachfolgenden und in der "Information zum Teilnahmewettbewerb nach VgV" im Detail beschriebenen Auswahlkriterien des Bewerbers / der Bewerbergemeinschaft erzielen. Für die Wertung der Auswahlkriterien (gem. § 46 Abs. 3 Nr. 1 VgV) sind durch jeden Bewerber / jede Bewerbergemeinschaft Angaben zu Anzahl und Berufserfahrung der in der Trassierung und Planung vergleichbarer Projekte tätigen Mitarbeiter zu machen sowie bis zu drei Referenzprojekte in Anlage B "Eigenerklärung zur Eignung" anzugeben, bei denen Planungsleistungen für den Neubau von Gashochdruckleitungen erbracht wurden. Insgesamt können hierbei bis zu 150 Punkte in den Kriterien "Berufserfahrung Mitarbeiter" (30 Punkte) und "Referenzprojekte" (40 Punkte je Referenzprojekt, insgesamt 120 Punkte für drei Referenzprojekte) erzielt werden. Bei Punktegleichstand zwischen dem auf dem 3. Rang liegenden Bewerber/Bewerbergemeinschaft und dem auf dem 4. Rang und nachfolgenden Rängen liegenden Bewerbern/Bewerbergemeinschaften werden zusätzlich zu den auf den Rängen 1 bis 3 liegenden Bewerbern/Bewerbergemeinschaften alle Bewerber /Bewerbergemeinschaften zugelassen, die dieselbe Punktzahl haben wie der/die auf dem 3. Rang liegende Bewerber/Bewerbergemeinschaft.

Rechtsgrundlage:

Richtlinie 2014/24/EU

vgv -

2.1.6. Ausschlussgründe

Quellen der Ausschlussgründe: Auftragsunterlagen

5. Los

5.1. Los: LOT-0001

Titel: Generalplanung Leitung 1/3 und Leitung 2 (Wasserstoffleitungen mosaHYc)

Beschreibung: Die Creos Deutschland GmbH ist Eigentümerin und Betreiberin eines ca. 1.700 km langen Gashochdruckleitungsnetzes. Das Leitungsnetz dient der öffentlichen Gasversorgung im Bereich des Saarlandes und in weiten Teilen von Rheinland-Pfalz. Zur langfristigen Sicherstellung der Leistungsfähigkeit einer bedarfsgerechten Versorgung der Region wurde ein Investitionsprogramm für die zukunftsfähige Ausrichtung des Gashochdrucknetzes entwickelt. Seit August 2020 darf sich das Saarland hierbei offiziell als HyExpert-Wasserstoffmodellregion bezeichnen. Herzstück der Modellregion sind verschiedene Projekte, die im Zusammenspiel das Konzept für die zukünftige Nutzung von Wasserstoff im Saarland darstellen, insbesondere das grenzüberschreitende Infrastrukturprojekt mosaHYc. Grundlegendes Ziel des Projektes mosaHYc ist es gemeinsam mit einem französischen Gasnetzbetreiber ein ca. 90 Kilometer langes grenzüberschreitendes

Wasserstoffnetz zu schaffen. Durch die Errichtung des mosaHYc-Leitungsnetzes sollen in der Region erste Wasserstoffproduktionskapazitäten aufgebaut und erste industrielle Prozesse in der regionalen Stahlindustrie auf Wasserstoff umgestellt werden und perspektivisch durch den Einsatz von grünem Wasserstoff erhebliche CO₂-Einsparungen erzielt werden. Im Rahmen des mosaHYc-Projektes sind auf deutscher Seite (jeweils bis zur Französischen Landesgrenze) zwei Wasserstoffleitungen unter Verwendung bestehender Leitungen als Generalplanung zu planen: - Leitung 1/3 zwischen Fenne, Fürstenhausen und Carling (F), ca. 16,6 km Umwidmung, ca. 2,7 km Neubau - Leitung 3 zwischen Perl und Besch, ca. 6 km Umwidmung, ca. 2,3 km Neubau - Grundlage der Generalplanung bilden die Planungskonzepte und sowie technischen und netzwirtschaftlichen Anforderungen des Auftraggebers. Zum Planungsumfang bei den Neubauabschnitten gehören insbesondere folgende Leistungen / Leistungsbilder: - Trassierung und Planung der Wasserstoffleitung einschl. der betrieblichen Ausrüstung nebst Zubehör (Objektplanung und alle erforderlichen Fachplanungen) - In Abhängigkeit behördlicher oder gesetzlicher Anforderungen an die grenzüberschreitende Leitung ist optional auch die Planung von ggf. erforderlichen Gasanlagen (bspw. Gasdruckregel- und Messanlagen, Zählerstation einschl. Strom- und Telekomanschluss) - Vermessungsleistungen (u.a. topographische Geländeaufnahme im Planungskorridor der Neubauabschnitte, Einmessen von Bohrpunkten, Einmessen von Kopflöchern an den Bestandsleitungen und Einmessen von Schilderpfählen) - Erbringung sämtlicher umweltplanerischer Leistungen für den Planungsgegenstand (insbesondere: Erstellen der Landschaftspflegerischen Begleitpläne gem. § 26 und Anlage 7 HOAI 2021) unter Beachtung aller einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen (insbesondere UVPG, BNatSchG, BImSchG). - Für die Rohr- und Tiefbauleistungen einschl. Zerstörungsfreier Werkstoffprüfung (ZfP) wird eine Rahmenvereinbarung geschlossen. Die zu vergebenden Planungsleistungen umfassen auch die Erstellung der Ausführungsunterlagen sowie die Leistungsbeschreibungen und -verzeichnisse mit detaillierter Mengenermittlung als Grundlage für die einzelnen, abschnittswisen Rahmenvertragsabrufe. - Fachliche und terminliche Koordination der vom AG beigestellten Leistungen (bspw. Bodengutachten, Hydrogeologie, Kampfmittelerkundung (Luftbilddauswertung)) Die zu vergebenden Planungsleistungen umfassen insbesondere die Erstellung und Zusammenführung aller für die Durchführung der Genehmigungsverfahren notwendigen Unterlagen. Das Genehmigungskonzept (bspw. Einzelgenehmigungen oder Planfeststellungsverfahren) ist zusammen mit dem Auftraggeber im Detail zu erarbeiten und abzustimmen. Anlandungsterminals für Wasserstoff mit einem Durchmesser von 300 Millimeter oder weniger durch Planfeststellung zulassen. - Für Leitung 1/3 soll von der Möglichkeit der Durchführung eines Planfeststellungsverfahrens für Leitungen kleiner DN 300 (Option gem. § 43I Abs. 3 EnWG) Gebrauch gemacht werden und alle Abschnitte der Leitung 1/3 (Umwidmungen und Neubauabschnitte) in einem gemeinsamen Planfeststellungsverfahren genehmigt werden. Die Durchführung eines Planfeststellungsverfahrens bietet dabei aufgrund der Konzentrationswirkung sowohl für die rechtssichere Umsetzung des Gesamtvorhabens als auch für die Beteiligung der Öffentlichkeit und Träger öffentlicher Belange sowie für die Schaffung der privatrechtlichen Voraussetzungen (vorteilhaft für den Fall erforderlicher Enteignungs-/Besitzeinweisungsverfahren) den geeigneten Rahmen. - Für Leitung 2 sind bislang Einzelgenehmigungen/-zulassungen für die einzelnen Umwidmungs- und Neubauabschnitte angedacht. Für die Erbringung der Leistungsphasen 1 - 4 HOAI ist ein Zeitraum von 10 Monaten ab Auftragserteilung (vgl. ab 11/2025) vorgesehen. Für die Erstellung der Ausführungsunterlagen und Leistungsbeschreibungen (Leistungsphasen Lph. 5 und 6 HOAI) ist ein voraussichtlicher Leistungszeitraum bis 11/2027 anzunehmen.

Interne Kennung: CDW 2025-0002-EU / 16.02-010

5.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 71320000 Planungsleistungen im Bauwesen

Zusätzliche Einstufung (cpv): 71300000 Dienstleistungen von Ingenieurbüros, 71353200

Vermessungsdienste, 71353000 Oberirdische Vermessung, 71322200 Planung von

Rohrleitungen, 71313000 Umwelttechnische Beratung, 71313400 Umweltfolgenabschätzung im Bau, 71313440 Dienstleistungen im Zusammenhang mit der Umweltfolgenabschätzung im Bau

5.1.2. Erfüllungsort

Land: Deutschland

Ort im betreffenden Land

5.1.3. Geschätzte Dauer

Datum des Beginns: 12/11/2025

Enddatum der Laufzeit: 05/11/2027

5.1.4. Verlängerung

Maximale Verlängerungen: 3

Weitere Informationen zur Verlängerung: Für das Vorhaben sind

Einzelgenehmigungsverfahren und ein Planfeststellungsverfahren durchzuführen und die

Rohrleitungstrasse ist privatrechtlich zu sichern. Dies birgt Verzögerungsrisiken. Der Zeitraum kann sich verlängern, wenn sich das Projekt verzögert.

5.1.6. Allgemeine Informationen

Vorbehaltene Teilnahme:

Teilnahme ist nicht vorbehalten.

Auftragsvergabeprojekt nicht aus EU-Mitteln finanziert

Die Beschaffung fällt unter das Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen: ja

Diese Auftragsvergabe ist auch für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) geeignet: ja

Zusätzliche Informationen: #Besonders auch geeignet für:freelance#, #Besonders auch geeignet für:selbst#

5.1.7. Strategische Auftragsvergabe

Ziel der strategischen Auftragsvergabe: Keine strategische Beschaffung

5.1.9. Eignungskriterien

Quellen der Auswahlkriterien: Bekanntmachung

Kriterium: Eintragung in ein relevantes Berufsregister

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Berufsbezeichnung "Ingenieur" (Mindestbedingung)

Nachweis der Berechtigung zur Führung der Berufsbezeichnung "Ingenieur" (gem. § 75 Abs. 1

VgV). Als Nachweis dient die Kopie entsprechender Urkunden, die Mitgliedschaft in einer

entsprechenden Kammer oder ein vergleichbarer Nachweis. Erforderlich ist, dass die

Berechtigung besteht, nach deutschem Recht die Berufsbezeichnung zu tragen oder in der

Bundesrepublik Deutschland entsprechend tätig zu werden. Hinweis: Juristische Personen

müssen für die Durchführung der Aufgabe einen verantwortlichen Betriebsangehörigen

benennen, der die oben genannte Berufsqualifikation erfüllt.

Kriterium: Berufliche Risikohaftpflichtversicherung

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Berufshaftpflichtversicherung (Mindestbedingung)

Eigenerklärung über das Bestehen einer Berufshaftpflichtversicherung mit einer

Deckungssumme von mindestens 5.000.000 EUR für Personenschäden und mindestens

5.000.000 EUR für Sach- und Vermögensschäden oder, dass im Auftragsfall die entsprechende Versicherung abgeschlossen wird und Eigenerklärung, dass spätestens mit Abgabe des Erstangebots hierüber der Nachweis (gem. § 45 Abs. 4 Nr. 2 VgV) erbracht wird oder ein dementsprechendes Bestätigungsschreiben der Versicherung für den Auftragsfall vorgelegt wird. Die Deckungssummen müssen je Schadenfall und zweifach im Jahr zur Verfügung stehen. (Mindestbedingung). Ein dementsprechender Versicherungsnachweis ist spätestens dem Erstangebot beizufügen. Bei Bewerbergemeinschaften hat jedes Mitglied der Bewerbergemeinschaft separat den Nachweis über eine Berufshaftpflichtversicherung zu erbringen. Alternativ kann ein gemeinsamer Versicherungsschutz für die gesamte Bewerbergemeinschaft nachgewiesen werden, sofern aus diesem eindeutig hervorgeht, dass sämtliche Leistungen der Gemeinschaft gedeckt sind.

Kriterium: Spezifischer Jahresumsatz

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Jahresumsatz (Mindestbedingung) Eigenerklärung des Bewerbers / der Bewerbergemeinschaft im Bereich der zu vergebenden Leistungen in den Jahren 2022 bis 2024 ein Umsatz in Höhe von jährlich mindestens 400.000 EUR (netto ohne Umsatzsteuer) nachgewiesen werden kann (Mindestbedingung). Die Umsätze im Bereich der zu vergebenden Leistungen sind für die Jahre 2022 bis 2024 anzugeben. Bei Bewerbergemeinschaften und im Falle einer Eignungsleihe werden die Umsätze pro Jahr addiert. Bei nach dem 01.01.2022 gegründeten Unternehmen ist der geforderte Mindestumsatz ab dem ersten vollständigen Kalenderjahr nach der Gründung nachzuweisen.

Kriterium: Referenzen zu bestimmten Dienstleistungen

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Referenzauftrag über Planung einer Gashochdruckleitung (Mindestbedingung) Eigenerklärung zu einem Referenzprojekt des Bewerbers / mindestens eines Mitglieds der Bewerbergemeinschaft: Gefordert ist der Nachweis, dass in mindestens einem früher ausgeführten Referenzprojekt innerhalb der letzten drei Geschäftsjahre die Leistungsphasen 2 - 4 HOAI für den Neubau mindestens einer Gashochdruckleitung vollständig erbracht wurden. Es werden auch Referenzprojekte berücksichtigt, bei denen der Abschluss der Lph. 4 HOAI bis zu fünf Jahre zurückliegt. Es können nur Referenzprojekte gewertet werden, bei denen folgende Mindestbedingungen erfüllt sind: o Auftragsgegenstand: Planung einer Gashochdruckleitung (Neubau) o Vollständig erbrachte Planungsleistungen, mindestens Lph. 2 - 4 HOAI für die Objekt- und Fachplanung: ab 01.01.2019 bis zur Frist für den Eingang der Teilnahmeanträge o Planungsgegenstand: Neubau einer Gashochdruckleitung (mind. DN 100, im Anwendungsbereich des EnWG, der GasHDrLtgV und des DVGW-Regelwerks oder im Anwendungsbereich vergleichbarer Rechtsverordnungen und Vorschriften in einem EU-Mitgliedsstaat o Mindestlänge der Gashochdruckleitung: 1 km Der Nachweis erfolgt durch Eigenerklärung. Mit der Eigenerklärung sind folgende Angaben zum Referenzauftrag zu machen: o Projektname o Projektbeschreibung o Auftraggebers mit Angabe Ansprechpartner für Rückfragen (Name, Telefonnummer) o Auftragsgegenstand (Erbrachte Leistungsphasen und Leistungen) o Planungsgegenstand (Angabe von Rohrdurchmesser, Auslegungsdruck, geltende Rechtsverordnungen o Länge der Gashochdruckleitung (Trassenlänge in [m]) o Abschluss der vollständig erbrachten Leistungsphasen 2 - 4 HOAI (Monat / Jahr)

Kriterium: Referenzen zu bestimmten Dienstleistungen

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Referenzauftrag über Planfeststellungsverfahren für ein Linienbauwerk im Leitungsbereich (Mindestbedingung) Eigenerklärung zu einem Referenzprojekt des Bewerbers / mindestens eines Mitglieds der Bewerbergemeinschaft: Gefordert ist der Nachweis, dass in mindestens einem früher ausgeführten Referenzprojekt

innerhalb der letzten drei Geschäftsjahre die Leistungsphasen 2 - 4 HOAI für den Neubau mindestens eines planfeststellungspflichtigen Linienbauwerks erbracht wurden. Es werden auch Referenzprojekte berücksichtigt, bei denen der Abschluss der Lph. 4 HOAI bis zu fünf Jahre zurückliegt. Es können nur Referenzprojekte gewertet werden, bei denen folgende Mindestbedingungen erfüllt sind: o Auftragsgegenstand: Planung eines Linienbauwerks im Leitungsbereich mit Erstellung der Planfeststellungsunterlagen und Begleitung des Planfeststellungsverfahrens o Vollständig erbrachte Planungsleistungen, mindestens Lph. 2 - 4 HOAI für die Objekt- und Fachplanung: ab 01.01.2019 bis zur Frist für den Eingang der Teilnahmeanträge o Bestandskraft des Planfeststellungsbeschlusses auf Grundlage der vom Bewerber / der Bewerbungsgemeinschaft erstellten Planfeststellungsunterlagen: ab 01.01.2019 bis zur Frist für den Eingang der Teilnahmeanträge. Der Nachweis erfolgt durch Eigenerklärung. Mit der Eigenerklärung sind folgende Angaben zum Referenzauftrag zu machen: o Projektname o Projektbeschreibung o Auftraggebers mit Angabe Ansprechpartner für Rückfragen (Name, Telefonnummer) o Auftragsgegenstand (Erstellung Planfeststellungsunterlagen und Begleitung Planfeststellungsverfahrens) o Bestandskraft des Planfeststellungsbeschlusses auf Grundlage der erstellten Planfeststellungsunterlagen (Datum)

Kriterium: Relevante Bildungs- und Berufsqualifikationen

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Berufserfahrung Mitarbeiter (Auswahlkriterium) Vom Bewerber / der Bewerbungsgemeinschaft ist die Anzahl der qualifizierten Mitarbeiter nach Berufserfahrung in Jahren anzugeben. Bei Bewerbungsgemeinschaften ist die Summe der jeweiligen Mitarbeiterzahl der Mitglieder der Bewerbungsgemeinschaft anzugeben. Bei Nachunternehmern im Falle der Eignungsleihe für den Leistungsbereich Trassierung und Planung sind deren jeweiligen Mitarbeiterzahlen ebenfalls zu berücksichtigen. Es dürfen in der jeweils angegebenen Anzahl nur Mitarbeiter berücksichtigt werden, für die die Berufserfahrung nach Jahren in mit dem Auftragsgegenstand vergleichbaren Trassierungs- und Planungsleistungen zutrifft. - In der Kategorie "A) Berufserfahrung: über 10 Jahre" werden für 0 Mitarbeiter 0 Punkte vergeben, für 1 - 2 Mitarbeiter 5 Punkte und für 3 und mehr Mitarbeiter 10 Punkte - In der Kategorie "B Berufserfahrung: über 5 Jahre" werden für 0 Mitarbeiter 0 Punkte vergeben, für 1 - 3 Mitarbeiter 5 Punkte und für 4 und mehr Mitarbeiter 10 Punkte - In der Kategorie "C) Berufserfahrung: min. 3 Jahre" werden für 0 Mitarbeiter 0 Punkte vergeben, für 1 - 4 Mitarbeiter 5 Punkte und für 5 und mehr Mitarbeiter 10 Punkte. Mitarbeiter werden dabei in jeder Kategorie gezählt, für die die Berufserfahrung nach Jahren der Tätigkeit in mit dem Auftragsgegenstand vergleichbaren Trassierungs- und Planungsleistungen zutrifft. Insgesamt können für das Kriterium Berufserfahrung 30 Punkte erzielt werden.

Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Gewichtung (Punkte, genau): 30,00

Kriterium: Referenzen zu bestimmten Dienstleistungen

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Referenzprojekte (Auswahlkriterium) Es werden nur Referenzprojekte gewertet, bei denen mindestens die Erbringung der Lph. 2 bis 4 für den Neubau einer Gashochdruckleitung (Anwendungsbereich EnWG, GasHDrLtG und des DVGW-Regelwerks oder im Anwendungsbereich vergleichbarer Rechtsverordnungen und Vorschriften in einem EU-Mitgliedsstaat) innerhalb der letzten drei Geschäftsjahre bis zur Frist für den Eingang der Teilnahmeanträge erbracht wurden. Es werden auch Projekte berücksichtigt, bei denen der Abschluss der Lph. 4 bis zu fünf Jahre zurückliegt. Maßgebend hierfür ist, das Datum der Bestandskraft der öffentlich-rechtlichen Genehmigung (bspw. Planfeststellungsbeschluss oder naturschutzrechtliche Genehmigung) oder der vergleichbar

öffentlich-rechtlichen Genehmigung in einem anderen EU-Mitgliedsstaat im Zeitraum 01.01.2019 bis zur Frist für den Eingang der Teilnahmeanträge liegt. Punkte können nach Maßgabe der Matrix in der "Information zum Teilnahmewettbewerb nach VgV" erzielt werden (max. 40 Punkte je Referenzprojekt, max. 120 Punkte für bis zu drei mögliche Referenzprojekte des Bewerbers / der Bewerbergemeinschaft) für: öffentliche Auftraggeber oder Sektorenauftraggeber, Planung (abschnittsweiser) Ersatzneubau, abschnittsweise Umlegung einer bestehender Leitung, Umwidmung einer bestehenden Leitung und deren Umstellung auf Wasserstoffnutzung, Planung von Sonderbauwerken (Rohrpressung oder HDD), Erbringung Vermessungsleistungen, Erbringung Leistungen als Generalplaner, Planfeststellungsverfahren nach deutschem Recht, zusätzlich erbrachte Leistungsphasen 5 oder 6 HOAI für Tief- und Rohrleitungsbau. Es darf auch das Referenzprojekt benannt werden, das zum Nachweis der Erfüllung der Mindestbedingungen für die technische und berufliche Leistungsfähigkeit benannt wurde.

Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Gewichtung (Punkte, genau): 120,00

Informationen über die zweite Phase eines zweiphasigen Verfahrens:

Mindestzahl der zur zweiten Phase des Verfahrens einzuladenden Bewerber: 3

Höchstzahl der zur zweiten Phase des Verfahrens einzuladenden Bewerber: 3

Das Verfahren wird in mehreren aufeinanderfolgenden Phasen durchgeführt. In jeder Phase können einige Teilnehmer ausgeschlossen werden

5.1.11. Auftragsunterlagen

Sprachen, in denen die Auftragsunterlagen offiziell verfügbar sind: Deutsch

Frist für die Anforderung zusätzlicher Informationen: 21/07/2025 23:59:59 (UTC+02:00)

Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Internetadresse der Auftragsunterlagen: <https://www.dtv.de/Satellite/notice/CXP4DY55XJF/documents>

Ad-hoc-Kommunikationskanal:

URL: <https://www.dtv.de/Satellite/notice/CXP4DY55XJF>

5.1.12. Bedingungen für die Auftragsvergabe

Bedingungen für die Einreichung:

Elektronische Einreichung: Erforderlich

Adresse für die Einreichung: <https://www.dtv.de/Satellite/notice/CXP4DY55XJF>

Sprachen, in denen Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können: Deutsch

Elektronischer Katalog: Nicht zulässig

Varianten: Nicht zulässig

Die Bieter können mehrere Angebote einreichen: Nicht zulässig

Beschreibung der finanziellen Sicherheit: Sicherheiten gemäß Vergabeunterlagen

Frist für den Eingang der Teilnahmeanträge: 28/07/2025 16:00:00 (UTC+02:00)

Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Informationen, die nach Ablauf der Einreichungsfrist ergänzt werden können:

Nach Ermessen des Käufers können alle fehlenden Bieterunterlagen nach Fristablauf nachgereicht werden.

Zusätzliche Informationen: Siehe Erläuterungen in Ziff. 4. der "Information zum Teilnahmewettbewerb nach VgV". Es gilt die gesetzliche Ausgangslage nach § 56 VgV.

Auftragsbedingungen:

Die Auftragsausführung muss im Rahmen von Programmen für geschützte Beschäftigungsverhältnisse erfolgen: Nein

Elektronische Rechnungsstellung: Zulässig

Aufträge werden elektronisch erteilt: ja

Zahlungen werden elektronisch geleistet: ja

Von einer Bietergemeinschaft, die den Zuschlag erhält, anzunehmende Rechtsform: Künftige Arbeitsgemeinschaften müssen den Teilnahmeantrag als Bewerbungsgemeinschaft einreichen. Der Auftraggeber macht keine Vorgaben bzgl. der Rechtsform im Auftragsfall. Alle Mitglieder einer Bewerbungsgemeinschaft müssen gesamtschuldnerisch haften. Zum Nachweis des Vorliegens einer Bewerbungsgemeinschaft muss eine ausdrückliche Erklärung mit dem Teilnahmeantrag eingereicht werden, in welchem die Mitglieder der Bewerbungsgemeinschaft sowie dasjenige Mitglied der Bewerbungsgemeinschaft, welches die Bewerbungsgemeinschaft im vorliegenden Vergabeverfahren gegenüber dem Auftraggeber rechtsverbindlich vertritt, benannt werden und die gesamtschuldnerische Haftung der Mitglieder im Auftragsfall erklärt wird. Die vorbeschriebene Erklärung der Bewerbungsgemeinschaft (Anlage C) muss von sämtlichen Mitgliedern der Bewerbungsgemeinschaft in Textform abgegeben werden.

Finanzielle Vereinbarung: Gemäß den Vergabeunterlagen

5.1.15. Techniken

Rahmenvereinbarung:

Keine Rahmenvereinbarung

Informationen über das dynamische Beschaffungssystem:

Kein dynamisches Beschaffungssystem

5.1.16. Weitere Informationen, Schlichtung und Nachprüfung

Überprüfungsstelle: Vergabekammern des Bundes

Informationen über die Überprüfungsfristen: Genaue Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen (§ 160 GWB) Auf die Rügeobliegenheiten nach § 160 Abs. 3 GWB wird verwiesen. Ein Nachprüfungsantrag ist nach § 160 Abs. 3 S.1 Nr. 4 GWB insbesondere unzulässig, soweit mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, der Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt: Creos Deutschland Wasserstoff GmbH

Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt: Creos Deutschland Wasserstoff GmbH

8. Organisationen

8.1. ORG-0001

Offizielle Bezeichnung: Creos Deutschland Wasserstoff GmbH

Registrierungsnummer: HRB 108554

Postanschrift: Am Zunderbaum 9

Stadt: Homburg

Postleitzahl: 66424

Land, Gliederung (NUTS): Saarpfalz-Kreis (DEC05)

Land: Deutschland

Kontaktperson: Encevo Deutschland GmbH (Vergabestelle)

E-Mail: einkauf@encevo.de

Telefon: +49 175 1825 082

Rollen dieser Organisation:

Beschaffer

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt

Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt

8.1. ORG-0002

Offizielle Bezeichnung: Encevo Deutschland GmbH
Registrierungsnummer: HRB 107780
Postanschrift: Am Halberg 3
Stadt: Saarbrücken
Postleitzahl: 66121
Land, Gliederung (NUTS): Regionalverband Saarbrücken (DEC01)
Land: Deutschland
E-Mail: einkauf@encevo.de
Telefon: +49 175 1825 082
Rollen dieser Organisation:
Beschaffungsdienstleister

8.1. ORG-0003

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammern des Bundes
Registrierungsnummer: T:022894990
Postanschrift: Kaiser-Friedrich-Straße 16
Stadt: Bonn
Postleitzahl: 53113
Land, Gliederung (NUTS): Bonn, Kreisfreie Stadt (DEA22)
Land: Deutschland
E-Mail: vk@bundeskartellamt.bund.de
Telefon: +49 228 9499-0
Rollen dieser Organisation:
Überprüfungsstelle

8.1. ORG-0004

Offizielle Bezeichnung: Datenservice Öffentlicher Einkauf (in Verantwortung des Beschaffungsamts des BMI)
Registrierungsnummer: 0204:994-DOEVD-83
Stadt: Bonn
Postleitzahl: 53119
Land, Gliederung (NUTS): Bonn, Kreisfreie Stadt (DEA22)
Land: Deutschland
E-Mail: noreply.esender_hub@bescha.bund.de
Telefon: +49228996100
Rollen dieser Organisation:
TED eSender

10. Änderung

Fassung der zu ändernden vorigen Bekanntmachung
:
62025bce-d919-42fe-b532-cd227996cb12-01
Hauptgrund für die Änderung
:
Informationen sind jetzt verfügbar
Beschreibung
:

Anpassung Bekanntmachung 5.1.9 Eignungskriterien Kriterium: Spezifischer Jahresumsatz (Mindestbedingung)

10.1. Änderung

Abschnittskennung: PROCEDURE

Beschreibung der Änderungen: Zusätzlicher Satz bei Bekanntmachung 5.1.9

Eignungskriterien Kriterium: Spezifischer Jahresumsatz (Mindestbedingung) [...] Bei nach dem 01.01.2022 gegründeten Unternehmen ist der geforderte Mindestumsatz ab dem ersten vollständigen Kalenderjahr nach der Gründung nachzuweisen.

Informationen zur Bekanntmachung

Kennung/Fassung der Bekanntmachung: 8b4b2227-f519-4dc9-bec7-0700665a21d4 - 01

Formulartyp: Wettbewerb

Art der Bekanntmachung: Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung

Unterart der Bekanntmachung: 16

Datum der Übermittlung der Bekanntmachung: 22/07/2025 15:49:56 (UTC+02:00)

Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Sprachen, in denen diese Bekanntmachung offiziell verfügbar ist: Deutsch

Veröffentlichungsnummer der Bekanntmachung: 483644-2025

ABl. S – Nummer der Ausgabe: 140/2025

Datum der Veröffentlichung: 24/07/2025